



Foto: Stockphoto/npgruesen

## Bodenbevorratung und sozial-ökologische Grundstücksvergabe

Wir wollen auf den Verkauf städtischer Grundstücke verzichten und diese stattdessen im Erbbaurecht zur Verfügung stellen, um politische Steuerungsmöglichkeiten zu erhalten und den rasant steigenden Immobilien- und Bodenpreisen entgegenzutreten. Dadurch wird es für Familien leichter, ihren Traum vom Eigenheim zu erfüllen, für Haus- und Baugemeinschaften einfacher, ihre Projekte umzusetzen und für gemeinnützigen Träger günstiger, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Wir wollen mit dem Erbbaurecht und mehr noch durch eine aktive Bodenbevorratungspolitik den rasant steigenden Grundstückspreisen begegnen. Die Vergabe öffentlicher Grundstücke wollen wir insgesamt stärker an soziale und ökologische Kriterien knüpfen und klare Regeln in Sachen Wohnraumversorgung, energetische Standards sowie Grün- und Freiflächen setzen.

## Wohnraumentwicklung

Stadtentwicklung muss für uns GRÜNE dem Credo „Innenverdichtung vor Außenverdichtung“ folgen, um Flächenverbrauch zu reduzieren. Neuen Wohnraum wollen wir daher vorrangig innerhalb oder in Ergänzung zu bestehenden Stadtquartieren schaffen und dazu insbesondere Freiflächen und Leerstände aktivieren, sowohl in der Innen-

stadt als auch in den Außenstadtteilen. Wichtig dabei ist auch eine vorhandene Infrastruktur, besonders was die Verkehrsanbindung betrifft. Insbesondere in Cappel, Gisselberg, Moischt und Schröck ist genau das gegeben, weshalb dort neuer Wohnraum entstehen könnte.

Alle Planungen stehen für uns GRÜNE unter einem ökologischen bzw. Klimaschutz-Vorbehalt und bedürfen maximaler öffentlicher Beteiligung, insbesondere aber die der Ortsbeiräte.

## Ökologische Gewerbeflächenentwicklung

Gleiches gilt für neue Gewerbeflächen, die wir insbesondere entlang der zentralen Verkehrsachsen Bahn und Stadtautobahn ermöglichen, um Wohngebiete zu entlasten und Verkehrsströme zu lenken.

Zudem wollen wir die Gewerbeflächenentwicklung ökologisch gestalten, einerseits durch planerische Festlegungen und andererseits durch Vereinbarungen mit Unternehmen und Beschäftigten, um Flächenverbrauch zu reduzieren und Klima und Trinkwasser zu schützen.



### Impressum / Kontakt

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Marburg  
Frankfurter Str. 46,  
35037 Marburg  
Tel.: (06421) 22 606  
stadtverband@gruene-marburg.de  
www.gruene-marburg.de

Weitere Infos und  
Veranstaltungen:



Foto Titel: privat/Max Langenbrinck

# Wohnen und Stadtentwicklung – sozial und ökologisch



ZUKUNFT MACHEN  
WIR ZUSAMMEN

# Bezahlbar Wohnen in Marburg

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und ein Grundbedürfnis für jeden. Das hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie deutlich gezeigt.

Der Wohnraum ist knapp in Marburg und das Mietniveau steigt immer weiter. Dem gilt es mit unterschiedlichen Strategien zu begegnen, damit sozial gemischte Quartiere geschaffen und erhalten werden. Dazu ist es nötig den sozialen Wohnungsbau zu stärken und dafür zu sorgen, dass Wohnen im Bestand bezahlbar bleibt. Energetische Sanierungen müssen so gestaltet werden, dass für Mieter\*innen nahezu keine finanziellen Mehrbelastungen entstehen. Wohnungsbau muss barrierearm/-frei erfolgen, um den veränderten Wohnbedürfnissen Rechnung zu tragen. Das zentrale wohnungspolitische Instrument der Sozialquote wollen wir deutlich stärken und diese auf mindestens 30 Prozent erhöhen. Zudem soll sie schon früher als bei bisherigen Bauprojekten.

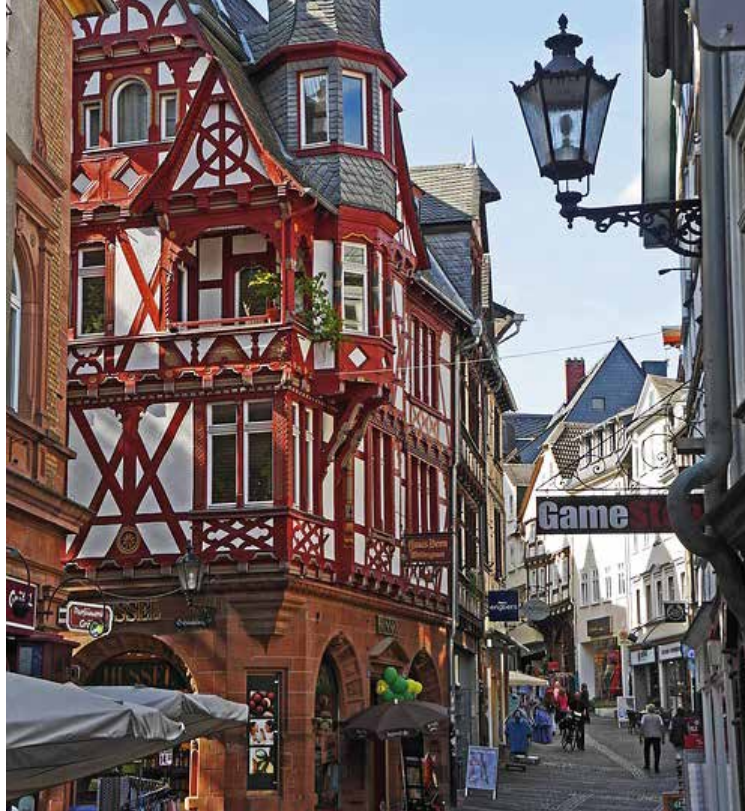


Foto: P. Kralow/Ingenieur

## Wohnen im Bestand: Gentrifizierung und Verdrängung verhindern

Marburg ist eine attraktive und lebenswerte Stadt, mit Auswirkungen auf die Wohnungs- und Immobilienmärkte. Steigende Miet- und Immobilienpreise sind auch hier bei uns ein zunehmendes Problem für viele Menschen aller Einkommenschichten.

Um dem in den bestehenden Quartieren entgegenzuwirken, brauchen wir wirksame Instrumente wie beispielsweise den Milieuschutz und Erhaltungssatzungen oder Vorkaufssatzungen, um als Stadt die Möglichkeit zu haben einzugreifen, dort wo ein Handeln nötig ist, damit u.a. Wohnungszuschnitte nicht willkürlich verändert und Mietwohnungen nicht in hochpreisige Eigentumswohnungen umgewandelt werden können. Darüber hinaus benötigen wir in Marburg ein wirksames Instrument gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum, z.B. durch nicht angemeldete Ferienwohnungen wie sie auf bekannten Online-Portalen zu finden sind. Das ausschließliche Vermieten von Wohnungen als Ferienwohnungen muss untersagt werden können. Dafür brauchen wir eine Ferienwohnungssatzung wie sie bereits in Frankfurt existiert.

## Mehr sozialer Wohnungsbau & Mietendeckelung

Die städtische GeWoBau ist Marburgs größter Vermieter zu moderaten Preisen. Dies gilt es zu erhalten und die städtische Wohnungsbaugesellschaft daher zu stärken, damit sozialer Wohnungsbau betrieben und das vergleichsweise niedrige Mietniveau gehalten werden kann. Um für alle Mieter\*innen Planungssicherheit zu schaffen, wollen wir einen Mietestopp bis 2030. Die Mieten dürfen dann nur noch in Höhe des Verbraucherpreisindex steigen. Gedeckelt werden sollen auch die Mieten im Neubau und der Nachvermietung. Mit maximal 7,50 Euro pro Quadratmeter wollen wir ein deutliches Zeichen gegen den allgemeinen Mietanstieg setzen. Keine Wohnung der GeWoBau soll dadurch teurer werden können als eine Sozialwohnung. Darüber hinaus muss auch die Zusammenarbeit mit anderen, sozial orientierten Wohnbauträgern wie der GWH oder der landeseigenen Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt muss verbessert werden.



Foto: Gettyimages/Luca Sage

## Stadtentwicklung: sozial und ökologisch

Marburg entwickelt sich seit Jahren dynamisch und wächst stetig. Dieses Wachstum gilt es sozial und ökologisch zu gestalten, sowohl vor dem Hintergrund des Klimawandels und seiner Auswirkungen als auch mit Blick auf die Bedürfnisse der Marburger\*innen nach bezahlbarem Wohnraum und attraktiven Grün- und Freiflächen.